

Utopische Wasserstoff-Forderung – dieser Plan gefährdet die Energiewende

Welt, 19.01.2021, Tobias Kaiser, Daniel Wetzel

https://www.welt.de/wirtschaft/plus236303897/Energiewende-Es-ist-ein-typisch-europaeischer-Kuhhandel.html?sc_src=email_1635721&sc_lid=158051029&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=1551&sc_cid=1635721&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc_eh=94c824e22aa172ca1

Atomkraft und Erdgas sollen in der EU künftig als nachhaltig gelten. Die deutsche Wirtschaft hatte sich das Label für Gas gewünscht, ist aber entsetzt über die Details des Vorschlags. Der setzt vollkommen unrealistische Mengen an grünem Wasserstoff voraus.

Es ist ein typisch europäischer Kuhhandel: Die Europäische Kommission will Atomenergie und Erdgas zu nachhaltigen Übergangstechnologien erklären. Dahinter stehen Berlin und Paris. Die Franzosen wollten das grüne Label für die Zuhause dominierende Atomkraft, die Deutschen brauchten es, weil hierzulande für die Energiewende Dutzende neue Gaskraftwerke nötig sind. Die Entscheidung aus Brüssel soll beide Seiten zufriedenstellen.

Jetzt aber schlägt die deutsche Wirtschaft Alarm angesichts der Details des Vorschlags für den Delegierten Rechtsakt zur sogenannten Taxonomie. „Die Kriterien der Taxonomie für neue Erdgaskraftwerke könnten nach unserer ersten Einschätzung in der Praxis kontraproduktiv wirken. Denn sie würden Investitionen in die modernen Gaskraftwerke, die Deutschland für die Energiewende braucht, verteuern oder gar verhindern. Gebraucht werden aber Anreize“, sagt Julian Schorpp, Leiter des Referats EU-Energiepolitik beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) in Brüssel.

Nach dem aktuellen Vorschlag der EU-Kommission werden künftig nur solche Gaskraftwerke offiziell als „nachhaltig“ gelten, die schon ab 2026 mindestens 30 Prozent Wasserstoff oder Biogas verbrennen, ab 2030 mindestens 55 Prozent. Die Betreiber neuer Gaskraftwerke sollen sich laut dem Entwurf schon vor dem Bau darauf verpflichten. Nur: Dass Wasserstoff in fünf Jahren in dieser Menge auch nur ansatzweise zur Verfügung steht, ist laut Wirtschaftsverbänden praktisch ausgeschlossen.

Dementsprechend alarmiert ist die deutsche Wirtschaft. „Das können viele Kraftwerksbetreiber bislang einfach nicht garantieren. Denn dafür müssten ja 2026 die nötigen Mengen an grünem Wasserstoff und Biogas zur Verfügung stehen. Davon sind wir ja noch sehr weit entfernt“, sagt DIHK-Experte Schorpp. „Im Moment verfügen wir in Europa nur über geringste Mengen an grünem Wasserstoff. Deshalb kann kein Betreiber aktuell eine solche Garantie abgeben.“ Sein Verband vertritt Tausende von Unternehmen aller Branchen. Auch die besonders betroffene Industrie schlägt Alarm. „Bleibt es bei dem Wasserstoff-Kriterium, fehlen der deutschen Energiewende bis 2030 unverzichtbare Back-up-Kapazitäten“, warnt Carsten Rolle, Abteilungsleiter Energie beim Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Zum Weiterbetrieb großer Kohlekraftwerke gebe es dann „keine Alternative“, so Rolle: „Die deutschen CO₂-Ziele wären nicht mehr erreichbar.“

Nach den Berechnungen zahlreicher Institute braucht die Energiewende in den kommenden acht Jahren Gaskraftwerke mit bis zu 40 Gigawatt. Das wäre rund 80 große Anlagen. Würden die nach der Maßgabe der EU-Taxonomie zu 30 Prozent mit Wasserstoff betrieben, würde das in diesem Jahrzehnt die gesamten geplanten Elektrolyse-Kapazitäten Deutschlands von zehn Gigawatt in Beschlag nehmen.

Für die Dekarbonisierung der Stahl- und Chemie-Industrie wäre kein Wasserstoff mehr übrig, ebenso wenig für den klimaneutralen Betrieb des Schwerlast-, Schiffs- und Luftverkehrs. Bislang hatte die Bundesregierung hier die Prioritäten der Wasserstoff-Nutzung gesehen, die Stromproduktion erst weit dahinter. Mit ihren neuen Vorschriften für Gaskraftwerke würde die EU-Kommission diese Prioritätenliste praktisch umdrehen.

Tatsächlich gilt Wasserstoff als der Kaviar der Energiewende: Die Produktion des grünen, mit Hilfe regenerativer Energien hergestellten Wasserstoffes ist aufwendig und beansprucht viel Energie und Wasser. Er soll deshalb künftig im großen Stil aus Regionen mit viel Sonne, Wind und Platz für Windräder importiert werden: Australien, Chile, Nordafrika und die Ukraine sind im Gespräch.

Gaskraftwerke vor allem in Süddeutschland

„Der Erfolg der Energiewende in Deutschland wäre dann höchst fraglich“, warnt Rolle. Denn erschwerend kommt hinzu, dass die neuen Gaskraftwerke vor allem im windkraftarmen Süddeutschland entstehen sollen. Weil Wasserstoff-Pipelines, die den Brennstoff von der Küste dorthin liefern könnten, auf Jahre hinaus nicht absehbar sind, müsste das Gas in Lkws angeliefert werden. „Für eine Stunde Betrieb müsste eine 300-Megawatt-Kraftwerk wie Irsching 40 Lkw-Ladungen Wasserstoff verfeuern“, rechnet BDI-Experte Rolle vor: „Das zeigt, dass die Wasserstoff-Vorgaben der EU zumindest in Süddeutschland auf viele Jahre hinaus nicht zu erfüllen sein werden.“

Die strengen Auflagen der EU-Taxonomie bedrohen die Energiewende insgesamt, glaubt auch Michael Vassiliadis, Chef der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE). Nötig sei „nicht weniger als die Verdopplung der heutigen Kapazitäten bis 2030“, sagte er auf der Jahrespressekonferenz seiner Gewerkschaft: „Das ist der größte Zubau thermischer Leistung der Geschichte.“

Genau diese Ausbaupläne würden jedoch durch die Taxonomiepläne der EU torpediert. „Damit gefährdet die EU die Energiewende, die Versorgungssicherheit und die energieintensiven Industriebranchen in Deutschland“, mahnte Vassiliadis. Ohne einen radikalen Ausbau der Gasverstromung werde es auch kein Vorziehen des Kohleausstiegs geben können.

Denn weil Wind- und Solarkraft nur unregelmäßig und zeitweise auch gar nicht in nennenswertem Umfang zur Verfügung stehen, ist Deutschland auf jederzeit einsetzbare Reservekraftwerke angewiesen. Diese Aufgabe sollen laut Energiewende-Planer Gaskraftwerke übernehmen, die weniger CO₂ emittieren als Kohlekraftwerke.

Fällt Gaskraft als Option weg, müsste die zuständige Bundesnetzagentur auf Kohlekraftwerke zurückgreifen, um die Stromversorgung Deutschlands

aufrechterhalten zu können. Wie bisher in einzelnen Fällen bereits geschehen, müsste die dem Bundeswirtschaftsministerium unterstellte Behörde die Abschaltung weiterer Kohlekraftwerke untersagen. Die radikale Absenkung der deutschen CO₂-Emissionen wäre unter solchen Umständen nicht mehr zu leisten.

Die Verbände fordern deshalb Korrekturen. „Die Kommission ist gut beraten, ihren Vorschlag nachzubessern und vor allem die Frist für die Verfeuerung alternativer Brennstoffe weiter in die Zukunft zu legen“, sagt Schorpp.

Die Behörde hatte ihren Entwurf wenige Stunden vor dem Jahreswechsel an die nationalen Hauptstädte geschickt. Die Mitgliedstaaten haben nach einer Fristverlängerung bis Freitag Zeit, um darauf zu antworten. Innerhalb weniger Tage will die Kommission dann die endgültigen Regeln veröffentlichen. Der Rechtsakt wird auch ohne die Zustimmung der Mitgliedstaaten gelten. Sie können ihn lediglich mit einer qualifizierten Mehrheit von 20 Mitgliedstaaten blockieren, die aber als praktisch ausgeschlossen gilt.